

Schriften zum Wirtschaftsrecht

---

Band 345

# Versammlungsleitung in der Publikumsaktiengesellschaft

Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung  
des digitalen Wandels von Hauptversammlungen

Von

Jan Michael Danelzik



Duncker & Humblot · Berlin

JAN MICHAEL DANELZIK

Versammlungsleitung in der Publikumsaktiengesellschaft

Schriften zum Wirtschaftsrecht

Band 345

# Versammlungsleitung in der Publikumsaktiengesellschaft

Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung  
des digitalen Wandels von Hauptversammlungen

Von

Jan Michael Danelzik



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln hat diese Arbeit  
im Jahre 2022 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2023 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf  
Druck: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 0582-026X  
ISBN 978-3-428-18813-0 (Print)  
ISBN 978-3-428-58813-8 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2022 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebungsentwicklung konnten bis Mitte April 2022 berücksichtigt werden.

Mein herzlicher Dank gilt zunächst meiner Doktormutter Frau Prof. Dr. Barbara Grunewald, die auch den Anstoß zu diesem Thema gegeben hat. Für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens bedanke ich mich bei Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb.

In besonderer Dankbarkeit verbunden bin ich meinem Vater Dr. Wilhelm Danelzik sowie Dr. Marc Philip Kubitza, die mir mit wertvollen Anregungen und Ratschlägen zur Seite gestanden haben.

Meinen Eltern, die mich während meiner gesamten akademischen Ausbildung und darüber hinaus vorbehaltlos unterstützt haben, ist diese Arbeit gewidmet.

Düsseldorf, im Dezember 2022

*Jan Michael Danelzik*



# Inhaltsübersicht

<b>Einführung</b> .....	29
I.    Themenaufritt .....	29
II.   Gang der Untersuchung .....	31

## *1. Kapitel*

<b>Die Hauptversammlung als Betätigungsfeld des Versammlungsleiters</b> .....	33
A. Funktion der Hauptversammlung .....	33
B. Stellung der Hauptversammlung im Organgefüge der Aktiengesellschaft .....	34
C. Arten von Versammlungen .....	36
I.    Ordentliche und außerordentliche Hauptversammlung .....	37
II.   Vollversammlung .....	37
III.  Gesonderte Versammlung .....	38
D. Die Hauptversammlung im digitalen Wandel .....	38
I.    Die Präsenzversammlung .....	39
II.   Die Präsenzversammlung mit elektronischer Teilnahmemöglichkeit („Hybrid-HV“) .....	39
III.  Die virtuelle Hauptversammlung nach dem COVID-19-Gesetz („Corona-HV“) .....	43
IV.   Die virtuelle Hauptversammlung nach dem Referentenentwurf des BMJ vom 9. Februar 2022 („virtuelle HV-RefE“) .....	53
V.    Zwischenfazit .....	58
E. Die Akteure der Hauptversammlung und deren Bedeutung für die Versammlungsleitung .....	59
I.    Vorstand .....	59
II.   Aufsichtsrat .....	61
III.  Notar .....	63
IV.   Aktionäre und Bevollmächtigte .....	64
V.    Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft .....	65
VI.   Abschlussprüfer der Gesellschaft .....	67
VII.  Vertreter der Finanzaufsicht .....	67
VIII. Repräsentanten der Medien und sonstige Gäste .....	68
IX.   Externe Berater und sonstige Hilfskräfte .....	68

*2. Kapitel*

<b>Die Leitung der Hauptversammlung</b>	<b>69</b>
A. Zum Gegenwartszustand der Versammlungsleitung	69
I. Unternehmenspolitische und wirtschaftliche Bedeutung	70
II. Wesentliche Herausforderungen für die Versammlungsleitung	71
B. Aktienrechtliche Grundlage der Versammlungsleitung	76
I. Aktienrechtliche Erforderlichkeit einer Versammlungsleitung	76
II. Entbehrlichkeit einer Versammlungsleitung in besonderen Fällen	78
C. Zur Person des Versammlungsleiters	91
I. Voraussetzungen in personeller Hinsicht	91
II. Sprachkenntnisse des Versammlungsleiters	110
D. Dogmatische Einordnung der Rechtsstellung des Versammlungsleiters	120
I. Der Versammlungsleiter als Hilfsperson der Hauptversammlung	120
II. Der Versammlungsleiter als Funktionsgehilfe mit eigenen Rechten	121
III. Der Versammlungsleiter als Organ der Gesellschaft	122
IV. Stellungnahme zugunsten einer Organstellung des Versammlungsleiters	122
V. Ergebnis	135
E. Das Amt des Versammlungsleiters	135
I. Amtsbeginn	135
II. Amtsende	144
III. Aufspaltung der Versammlungsleitung	168
F. Die Rechte und Pflichten des Versammlungsleiters	174
I. Ableitung aus dem Funktionsauftrag des Versammlungsleiters	174
II. Konkretisierende Rechtsgrundlagen	174
III. Aufgabenbereich im Vorfeld der Hauptversammlung	178
IV. Aufgabenbereich während der Hauptversammlung	216
V. Delegationsfähigkeit der Kompetenzen des Versammlungsleiters	308

*3. Kapitel*

<b>Das Haftungsregime der Versammlungsleitung</b>	<b>315</b>
A. Überblick über die haftungsrelevanten Pflichtverletzungen des Versammlungsleiters	316
I. Unzulässige Übernahme der Versammlungsleitung	317
II. Pflichtwidrige Einberufung oder Absage der Hauptversammlung	317
III. Verfrühte oder verspätete Eröffnung der Hauptversammlung	318
IV. Unzulässige Zutrittsverweigerung und Zutrittsgewährung	318
V. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der Übersetzung, Übertragung und Aufzeichnung der Hauptversammlung	320

VI. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit technischen Störungen bei der Hybrid-HV und bei virtuellen Hauptversammlungen	321
VII. Unzulässige Festlegungen in Bezug auf die Reihenfolge der Redner	322
VIII. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit dem Teilnehmerverzeichnis	323
IX. Pflichtwidriges Wiederaufgreifen abgeschlossener Tagesordnungspunkte	323
X. Unzulässige Einschränkungen des Rede- und Fragerechts	324
XI. Ungerechtfertigte sonstige Ordnungsmaßnahmen	324
XII. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit Beschlussanträgen	325
XIII. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der privatschriftlichen Niederschrift	328
B. Haftungsgrundlagen	328
I. Innenhaftung des Versammlungsleiters	329
II. Außenhaftung gegenüber Aktionären	342
III. Außenhaftung gegenüber gesellschaftsfremden Dritten	347
C. Begrenzung des Haftungsrisikos des Versammlungsleiters	350
I. Allgemeiner Sorgfaltsmaßstab für die Versammlungsleitung	350
II. Rechtsdogmatische Ansätze zur Begrenzung des persönlichen Haftungsrisikos	351
III. Rechtspraktische Ansätze zur Begrenzung des Haftungsrisikos	369
D. Durchsetzung von Haftungsansprüchen der Gesellschaft gegenüber dem Versammlungsleiter	380
I. Pflicht des Vorstands zur Anspruchsverfolgung	380
II. Absicherung der Anspruchsdurchsetzung aufgrund analoger Anwendung der §§ 147, 148 AktG	382
E. Der Versammlungsleiter im Anfechtungs- und Haftungsprozess	384
I. Der Versammlungsleiter als gerichtlicher Vertreter der Gesellschaft im Anfechtungsprozess	384
II. Der Versammlungsleiter als Beklagter im Haftungsprozess	391
III. Zusammenfassende Betrachtung	392

#### *4. Kapitel*

### **Auswirkungen der digitalen Transformation von Hauptversammlungen auf die Versammlungsleitung**

A. Vereinbarkeit des virtuellen Hauptversammlungsformats mit höherrangigem Recht	394
B. Die Leitung der Corona-HV	396
I. Einordnung der praktischen Erfahrungswerte	396
II. Substanzuelle Einschränkungen des Rede- und Fragerechts	398
III. Besonderheiten bei Antragstellungen	400
IV. Zwischenfazit	403

C. Die Versammlungsleitung in der virtuellen Hauptversammlung de lege ferenda . . . . .	404
I.    Generelles Petitum für die Einführung eines aktienrechtlich verankerten virtuellen Hauptversammlungsformats . . . . .	405
II.   Auswirkungen des RefE für die virtuelle HV auf die Versammlungsleitung . . . . .	407
III.  Leitlinien zur Gewährleistung einer rechtssicheren und praktisch handhabbaren Versammlungsleitung im Rahmen der virtuellen Hauptversammlung de lege ferenda . . . . .	417
D. Ergebnis und Ausblick . . . . .	426

### *5. Kapitel*

<b>Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse</b>	429
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	444
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	467

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	29
I.    Themenaufritt .....	29
II.   Gang der Untersuchung .....	31

## *1. Kapitel*

<b>Die Hauptversammlung als Betätigungsfeld des Versammlungsleiters</b> .....	33
A. Funktion der Hauptversammlung .....	33
B. Stellung der Hauptversammlung im Organgefüge der Aktiengesellschaft .....	34
C. Arten von Versammlungen .....	36
I.    Ordentliche und außerordentliche Hauptversammlung .....	37
II.   Vollversammlung .....	37
III.  Gesonderte Versammlung .....	38
D. Die Hauptversammlung im digitalen Wandel .....	38
I.    Die Präsenzversammlung .....	39
II.   Die Präsenzversammlung mit elektronischer Teilnahmemöglichkeit („Hybrid-HV“) .....	39
1. Gesetzlicher Entstehungsprozess .....	39
2. Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Aktionäre .....	40
3. Geringer Verbreitungsgrad der Hybrid-HV .....	41
III.  Die virtuelle Hauptversammlung nach dem COVID-19-Gesetz („Corona-HV“) .....	43
1. Pandemiebedingte Notwendigkeit zur Einführung eines virtuellen Hauptversammlungsmodells .....	43
2. Zeitlicher und sachlicher Anwendungsbereich des COVID-19-Gesetzes .....	44
3. Das aktienrechtliche Regelungsregime des COVID-19-Gesetzes .....	45
a) Gesetzliche Änderungen in Bezug auf die Hybrid-HV .....	45
b) Die Corona-HV .....	46
aa) Gesetzliche Voraussetzungen .....	46
bb) Schwächung der Aktionärsrechte .....	49
cc) Fortbestand einer Rumpfpräsenzversammlung .....	51
IV.  Die virtuelle Hauptversammlung nach dem Referentenentwurf des BMJ vom 9. Februar 2022 („virtuelle HV-RefE“) .....	53
1. Wesentliche Kernelemente der virtuellen HV-RefE .....	53

2. Weiterentwicklung der Regelungsgrundlagen des COVID-19-Gesetzes . . . .	54
a) Stärkung des Rederechts . . . . .	55
b) Neuausrichtung des Fragerechts . . . . .	55
c) Einführung einer neuen Fiktionslösung im Zusammenhang mit Gegen- anträgen und Wahlvorschlägen . . . . .	56
d) Wiederherstellung der Antragsberechtigung während der Versammlung	56
e) Verlagerung der Informationsversorgung in das Vorfeld der Versammlung	57
f) Anfechtungsbeschränkung im Zusammenhang mit technischen Störun- gen . . . . .	57
V. Zwischenfazit . . . . .	58
E. Die Akteure der Hauptversammlung und deren Bedeutung für die Versammlungslei- tung . . . . .	59
I. Vorstand . . . . .	59
II. Aufsichtsrat . . . . .	61
III. Notar . . . . .	63
IV. Aktionäre und Bevollmächtigte . . . . .	64
V. Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft . . . . .	65
VI. Abschlussprüfer der Gesellschaft . . . . .	67
VII. Vertreter der Finanzaufsicht . . . . .	67
VIII. Repräsentanten der Medien und sonstige Gäste . . . . .	68
IX. Externe Berater und sonstige Hilfskräfte . . . . .	68

## *2. Kapitel*

<b>Die Leitung der Hauptversammlung</b>	69
A. Zum Gegenwartszustand der Versammlungsleitung . . . . .	69
I. Unternehmenspolitische und wirtschaftliche Bedeutung . . . . .	70
II. Wesentliche Herausforderungen für die Versammlungsleitung . . . . .	71
1. Zeitlicher Rahmen . . . . .	72
2. Steigende Teilnehmerzahlen . . . . .	73
3. Zielgerichtete Auftritte von professionellen Anfechtungsklägern und akti- vistischen Investorengruppen . . . . .	74
B. Aktienrechtliche Grundlage der Versammlungsleitung . . . . .	76
I. Aktienrechtliche Erforderlichkeit einer Versammlungsleitung . . . . .	76
II. Entbehrlichkeit einer Versammlungsleitung in besonderen Fällen . . . . .	78
1. Hauptversammlung der Einmann-AG . . . . .	78
a) Notwendigkeit eines Teilnehmerverzeichnisses . . . . .	79
b) Erforderlichkeit einer förmlichen Beschlussfeststellung . . . . .	81
c) Erforderlichkeit eines Versammlungsleiters aufgrund satzungsmäßiger Bestimmung . . . . .	84

d) Zwischenergebnis .....	85
2. Hauptversammlung einer Mehrpersonengesellschaft bei Teilnahme nur eines Aktionärs oder Aktionärsvertreters .....	86
a) Meinungsstand .....	86
b) Stellungnahme .....	87
3. Beschlusslose Hauptversammlung .....	88
4. Zusammenfassende Betrachtung .....	90
C. Zur Person des Versammlungsleiters .....	91
I. Voraussetzungen in personeller Hinsicht .....	91
1. Allgemeingültige Anforderungen .....	91
2. Zur Versammlungsleitung zugelassene Personen .....	92
a) Versammlungsleitung durch Aufsichtsratsmitglieder .....	92
aa) Kompatibilität zwischen Aufsichtsratsmandat und Versammlungsleitung .....	92
(1) Keine Inkompatibilität aufgrund der Entlastungskompetenz der Hauptversammlung .....	92
(2) Keine Pflichtenkollision im Hinblick auf das Fragerecht der Aktionäre .....	93
(3) Keine Pflichtenkollision aufgrund der Berichtspflichten des Aufsichtsrats .....	94
bb) Übernahme der Versammlungsleitung durch ein fehlerhaft bestelltes Aufsichtsratsmitglied .....	95
(1) Ablehnung der Lehre vom fehlerhaften Bestellungsverhältnis durch den BGH .....	95
(2) Stellungnahme .....	96
cc) Stellvertretender Versammlungsleiter .....	97
dd) Bestimmung eines Interimsleiters bei temporärer Verhinderung .....	98
b) Versammlungsleitung durch Aktionäre .....	99
c) Versammlungsleitung durch unternehmensfremde Dritte .....	100
3. Funktionsbedingte Inkompatibilitäten .....	101
a) Versammlungsleitung durch Vorstandsmitglieder .....	101
aa) Ansichten der Rechtsprechung .....	101
bb) Literaturmeinungen .....	101
cc) Stellungnahme .....	102
b) Versammlungsleitung durch den beurkundenden Notar .....	105
c) Rechtsfolgen bei Ausübung der Versammlungsleitung durch nicht zugelassene Personen .....	106
4. Übernahme der Versammlungsleitung durch eine juristische Person .....	107
5. Zusammenfassende Betrachtung .....	108

II.	Sprachkenntnisse des Versammlungsleiters .....	110
1.	Grundsatz der deutschen Versammlungssprache .....	111
a)	Meinungsspektrum .....	112
b)	Stellungnahme .....	113
aa)	Gleichlauf zwischen Dokumentensprache und Versammlungssprache	113
bb)	Internationalisierung der Aktionärsstrukturen und gesetzgeberische Tendenzen .....	114
cc)	Drei-Viertel-Mehrheit als ausreichendes Stimmenquorum zur Fest- legung der Versammlungssprache .....	115
dd)	Gebot der Gleichbehandlung der Aktionäre nach § 53a AktG .....	115
ee)	Sicherstellung einer Simultan-Übersetzung durch die Versamm- lungsleitung .....	116
ff)	Keine Kompetenz des Versammlungsleiters zur Festlegung der Ver- sammlungssprache .....	117
2.	Auswirkungen der Versammlungssprache auf die Sprachkenntnisse des Versammlungsleiters .....	117
a)	Hauptversammlungen mit deutscher Versammlungssprache .....	118
b)	Hauptversammlungen mit nicht-deutscher Versammlungssprache .....	119
3.	Ergebnis .....	119
D.	Dogmatische Einordnung der Rechtsstellung des Versammlungsleiters .....	120
I.	Der Versammlungsleiter als Hilfsperson der Hauptversammlung .....	120
II.	Der Versammlungsleiter als Funktionsgehilfe mit eigenen Rechten .....	121
III.	Der Versammlungsleiter als Organ der Gesellschaft .....	122
IV.	Stellungnahme zugunsten einer Organstellung des Versammlungsleiters .....	122
1.	Maßstäbe der modernen Organtheorie .....	122
2.	Originäre Leitungskompetenzen des Versammlungsleiters .....	123
3.	Die Versammlungsleitung als dauerhafte Verbandsinstitution .....	124
4.	Zusammenführung von Organstellungen durch Personalunion .....	126
5.	Ablehnung einer funktionalen Gehilfenstellung .....	128
6.	Die Organstellung des Versammlungsleiters als dogmatisches Fundament	130
7.	Zuständigkeitsverteilung zwischen Versammlungsleitung und Hauptver- sammlung .....	131
8.	Kein dogmatischer Gleichlauf mit Rechtsstellung des Versammlungsleiters einer GmbH .....	132
9.	Wertender Vergleich mit der Rechtsstellung von Vorstands- und Aufsichts- ratsmitgliedern .....	133
V.	Ergebnis .....	135
E.	Das Amt des Versammlungsleiters .....	135
I.	Amtsbeginn .....	135
1.	Bestimmung des Versammlungsleiters durch Satzung oder Geschäftsord- nung .....	135

2.	Bestimmung des Versammlungsleiters durch Wahl der Hauptversammlung	136
3.	Bestellung des Versammlungsleiters durch das Gericht	139
	a) Gerichtliche Ermessensentscheidung	139
	b) Grenzen der gerichtlichen Bestellung eines Versammlungsleiters	142
II.	Amtsende	144
	1. Abberufung durch die Hauptversammlung	144
	a) Abberufung des durch die Hauptversammlung gewählten Versammlungsleiters	144
	b) Abberufung des durch die Satzung bestimmten Versammlungsleiters	145
	aa) Meinungsspektrum	146
	bb) Kritische Würdigung	149
	(1) Schutz der Aktionärsinteressen und Pflicht des Versammlungsleiters zur Evidenzkontrolle	149
	(2) Nichtübernahme oder Nichtfortsetzung der Versammlungsleitung als wichtiger Grund der Abwahl	150
	(3) Grob pflichtwidrige oder vorsätzliche Leitungsfehler als wichtiger Grund der Abwahl	151
	(4) Relevanz von zukünftigen oder exogenen Umständen	151
	(5) Befangenheit des Versammlungsleiters	151
	(6) Grundsatz der einfachen Stimmenmehrheit infolge satzungsimmanenter Einschränkung des Versammlungsleitermandats	152
	c) Abberufung des mittelbar durch die Satzung bestimmten Versammlungsleiters	153
	d) Abberufung des durch die Geschäftsordnung bestimmten Versammlungsleiters	154
	e) Abberufung des gerichtlich bestellten Versammlungsleiters	155
	f) Rechtsfolgen bei Übernahme der Versammlungsleitung durch einen nicht legitimierten Versammlungsleiter	157
	aa) Entwicklungen in der Judikatur und deren Auswirkungen	157
	bb) Ansichten in der Literatur	159
	cc) Stellungnahme	161
	g) Prozessuale Rechtsschutzmöglichkeiten in Bezug auf Abwahanträge	163
	aa) Rechtswidrige Ablehnung eines Abwahantrags durch die Hauptversammlung	163
	bb) Rechtswidrige Zurückweisung eines Abwahantrags durch den Versammlungsleiter	165
	2. Amtsniederlegung durch den Versammlungsleiter	166
III.	Aufspaltung der Versammlungsleitung	168
	1. Mögliche Fallkonstellationen	168
	2. Zulässigkeit einer kumulativen Versammlungsleitung	169
	3. Verfahrenleitende Anordnungen	171
	4. Umgang mit der Niederschrift der Hauptversammlung	171

F. Die Rechte und Pflichten des Versammlungsleiters .....	174
I. Ableitung aus dem Funktionsauftrag des Versammlungsleiters .....	174
II. Konkretisierende Rechtsgrundlagen .....	174
1. Entsprechende Anwendung des Vereinsrechts .....	175
2. Entsprechende Anwendung öffentlich-rechtlicher Regelungen .....	175
3. Privatautonome Regelungen in Satzung oder Geschäftsordnung .....	176
III. Aufgabenbereich im Vorfeld der Hauptversammlung .....	178
1. Einberufung der Hauptversammlung .....	178
a) Mögliche Zuständigkeit des Versammlungsleiters .....	178
b) Zuständigkeit für die Einberufung der Hauptversammlung nach dem COVID-19-Gesetz und dem RefE für die virtuelle HV im Besonderen	180
c) Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der Einberufung und deren Rechtsfolgen .....	182
aa) Einberufung durch einen unzuständigen Versammlungsleiter .....	182
bb) Verstoß gegen Einberufungspflichten .....	182
cc) Verstoß gegen Mindestangabepflichten .....	185
2. Absage der Hauptversammlung .....	185
a) Wirksamkeitsvoraussetzungen .....	185
b) Frist und Formerfordernisse .....	187
c) Rechtmäßigkeit .....	191
d) Änderungen der Einberufung .....	192
e) Zusammenfassung der rechtlichen Folgen für den einberufenden Ver- sammlungsleiter .....	194
aa) Rechtsfolgen bei zugleich wirksamer und rechtsfehlerhafter Absage	194
bb) Rechtsfolgen bei unwirksamer Absage .....	195
3. Entscheidung über die Zulassung von Personen zur Hauptversammlung ...	197
a) Anmeldung der Aktionäre .....	197
aa) Aufgabenbereich des Versammlungsleiters .....	197
bb) Anmeldefristen .....	199
cc) Form der Anmeldung .....	200
dd) Anfechtungsrisiken und Möglichkeiten der Mitigation .....	201
b) Überprüfung von Identität sowie Teilnahme- und Stimmberechtigung der Aktionäre .....	204
aa) Allgemeine Grundsätze .....	204
bb) Zuständigkeit des Versammlungsleiters .....	205
c) Zulassung von Gästen .....	207
d) Anordnung von Eingangskontrollen .....	210
aa) Reichweite und Grenzen der Befugnisse des Versammlungsleiters	210
bb) Auswirkungen infektionsschutzrechtlicher Bestimmungen .....	212
4. Ergebnis .....	215

IV. Aufgabenbereich während der Hauptversammlung ..... 216

1. Eröffnung der Hauptversammlung ..... 216
  - a) Eröffnung durch den in Satzung oder Geschäftsordnung bestimmten  
Versammlungsleiter ..... 216
  - b) Eröffnung durch den gerichtlich bestimmten Versammlungsleiter ..... 217
  - c) Eröffnung durch den provisorischen Versammlungsleiter ..... 218
2. Feststellung der Einberufungsvoraussetzungen und Benennung der geson-  
dert zugelassenen Personen ..... 218
3. Hinweispflichten betreffend die Aufzeichnung und Übertragung der Haupt-  
versammlung ..... 219
4. Pflichten im Zusammenhang mit dem Teilnehmerverzeichnis ..... 221
  - a) Zuständigkeit des Versammlungsleiters ..... 221
  - b) Inhalt und Form ..... 223
  - c) Offenlegung ..... 226
  - d) Anfechtungsrisiken ..... 227
5. Abwicklung der Tagesordnung ..... 227
  - a) Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung ..... 227
  - b) Struktur der Aussprache ..... 229
  - c) Wiederaufgreifen von Tagesordnungspunkten ..... 231
    - aa) Meinungsspektrum in der Literatur ..... 231
    - bb) Stellungnahme ..... 232
  - d) Vertagung und Absetzung von einzelnen Tagesordnungspunkten ..... 233
    - aa) Alleinige Entscheidungskompetenz der Hauptversammlung ..... 233
    - bb) Wichtiger Grund als Voraussetzung für eine Antragstellung ..... 234
    - cc) Zulässigkeit der Absetzung oder Vertagung eines Tagesordnungs-  
punktes im Kontext eines Ergänzungsverlangens nach § 122 Abs. 2, 3  
AktG ..... 236
      - (1) Ergänzung der Tagesordnung aufgrund einer gerichtlichen Er-  
mächtigung nach § 122 Abs. 2, 3 Satz 1 Var. 2 AktG ..... 236
      - (2) Ergänzung der Tagesordnung aufgrund einer Vorstandsentschei-  
dung nach § 122 Abs. 1, 2 AktG ..... 237
    - dd) Zeitpunkt der Abstimmung ..... 238
  - e) Ergänzung von Tagesordnungspunkten ..... 239
  - f) Unterbrechung der Hauptversammlung ..... 240
  - g) Vertagung einer bereits eröffneten Hauptversammlung ..... 240
6. Aufgabenbereich im Rahmen der Aussprache ..... 242
  - a) Formalia der Aussprache ..... 242
  - b) Reihenfolge der Redner ..... 243
  - c) Behandlung von Anträgen ..... 244
  - d) Einschränkungen des Rede- und Fragerechts ..... 246
    - aa) Inhalt und Schranken des Rede- und Fragerechts ..... 246

bb)	Die zumutbare Dauer der Hauptversammlung als Grundlage für Rede- und Fragezeitbeschränkungen	250
cc)	Satzungs- und Geschäftsordnungsregelungen als Grundlage für Beschränkungen des Rede- und Fragerechts	252
dd)	Generelle Beschränkungen des Rede- und Fragerechts	255
	(1) Generelle Beschränkung der Redezeit	255
	(2) Generelle Beschränkung der Fragezeit	260
	(3) Rechtslage bei Fehlen einer Ermächtigung in Satzung oder Geschäftsordnung	261
ee)	Individuelle Beschränkungen des Rede- und Fragerechts	263
	(1) Individuelle Beschränkung der Redezeit	263
	(2) Individuelle Einschränkung der Fragezeit	266
ff)	Wortenzug	269
gg)	Schließung der Rednerliste als rede- und fragezeitbeschränkende Maßnahme	269
hh)	Schließung der Aussprache als rede- und fragezeitbeschränkende Maßnahme	271
e)	Zulassung fremdsprachiger Redebeiträge	272
f)	Förmliche Schließung der Aussprache	274
7.	Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit Beschlussanträgen	274
a)	Prüfungskompetenz und Prüfungspflicht	274
aa)	Treue- und Legalitätspflicht des Versammlungsleiters	274
bb)	Wertungen des aktienrechtlichen Beschlussmängelsystems	275
cc)	Keine umfassende Prüfungskompetenz und Prüfungspflicht in Bezug auf Nichtigkeitsgründe	276
b)	Kompetenz und Pflicht zur Rechtmäßigkeitsprüfung sowie Antragszurückweisung bei evident mangelbehafteten Beschlussanträgen	277
aa)	Auswirkungen des Funktionsauftrags des Versammlungsleiters auf die Prüfungskompetenz und Prüfungspflicht	278
bb)	Besondere Schwere des Mangels	279
cc)	Evidenz des Mangels als maßgebliches Abgrenzungskriterium	279
	(1) Allgemeine Leitprämisse	279
	(2) Konkretisierung des Evidenzkriteriums anhand von Fallgruppen	280
dd)	Pflicht zur Antragszurückweisung	281
c)	Prüfungskompetenz und Prüfungspflicht bei einem Antrag nach § 147 Abs. 1 Satz 1 AktG	282
d)	Prüfungskompetenz und Prüfungspflicht im Kontext des § 122 AktG	284
e)	Ergebnis	286
8.	Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Abstimmung	287
a)	Vorbereitung und Erläuterung des Abstimmungsverfahrens	287

- b) Durchführung der Abstimmung und Ermittlung des Abstimmungsergebnisses ..... 289
  - aa) Überwachungspflicht und Evidenzkontrolle ..... 289
  - bb) Wahl zwischen Additions- und Subtraktionsmethode ..... 291
  - cc) Prüfungsumfang bei ungültigen Stimmen ..... 293
- c) Feststellung der Beschlussfassung ..... 294
- 9. Ordnungsmaßnahmen bei Störungen ..... 296
  - a) Ausschluss von Störern ..... 297
    - aa) Verweisung aus dem Saal und der Versammlung im Rahmen einer Präsenzversammlung ..... 297
    - bb) Sperrung des digitalen Zugangs bei Hybrid-HV und virtueller Hauptversammlung ..... 300
  - b) Räumung der Versammlung ..... 300
- 10. Förmliche Schließung der Hauptversammlung ..... 301
- 11. Kompetenzabgrenzung und Abstimmungsbedarf zwischen Versammlungsleiter und Notar ..... 303
  - a) Notarielles Protokoll der Hauptversammlung ..... 303
    - aa) Bezug des Protokollinhalts zur Sphäre der Versammlungsleitung ... 303
    - bb) Prüfungs- und Hinweispflichten des Notars ..... 305
  - b) Teilnehmerverzeichnis ..... 307
  - c) Abstimmungsbedarf zwischen Versammlungsleiter und Notar im Rahmen der virtuellen Hauptversammlung ..... 307
- V. Delegationsfähigkeit der Kompetenzen des Versammlungsleiters ..... 308
  - 1. Übertragung von Leitungskompetenzen auf die Hauptversammlung ..... 308
  - 2. Einsatz von Hilfskräften ..... 311
    - a) Grundsätze ..... 311
    - b) Differenzierung zwischen höchstpersönlichen Rechtsentscheidungen und Vollzugshandlungen ..... 311
    - c) Zurechenbarkeit des Fehlverhaltens von Hilfskräften ..... 312

*3. Kapitel*

- Das Haftungsregime der Versammlungsleitung** ..... 315
- A. Überblick über die haftungsrelevanten Pflichtverletzungen des Versammlungsleiters ..... 316
  - I. Unzulässige Übernahme der Versammlungsleitung ..... 317
  - II. Pflichtwidrige Einberufung oder Absage der Hauptversammlung ..... 317
  - III. Verfrühte oder verspätete Eröffnung der Hauptversammlung ..... 318
  - IV. Unzulässige Zutrittsverweigerung und Zutrittsgewährung ..... 318
    - 1. Fehler bei der Überprüfung der Anmeldung und Teilnahme- sowie Stimmrechtsberechtigung ..... 318

2. Rechtswidrige Eingangskontrollen .....	319
V. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der Übersetzung, Übertragung und Aufzeichnung der Hauptversammlung .....	320
VI. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit technischen Störungen bei der Hybrid-HV und bei virtuellen Hauptversammlungen .....	321
VII. Unzulässige Festlegungen in Bezug auf die Reihenfolge der Redner .....	322
VIII. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit dem Teilnehmerverzeichnis .....	323
IX. Pflichtwidriges Wiederaufgreifen abgeschlossener Tagesordnungspunkte .....	323
X. Unzulässige Einschränkungen des Rede- und Fragerechts .....	324
XI. Ungerechtfertigte sonstige Ordnungsmaßnahmen .....	324
XII. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit Beschlussanträgen .....	325
1. Pflichtwidriges Übergehen von Verfahrensanträgen .....	325
a) Abwahantrag .....	325
b) Antrag auf Absetzung oder Vertagung von Tagesordnungspunkten und auf Vertagung der Hauptversammlung .....	325
2. Sonstige Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit Beschlussanträgen ..	326
a) Verstoß gegen Prüfungspflichten .....	326
b) Fehler bei der Ermittlung und Feststellung des Beschlussergebnisses ..	327
XIII. Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der privatschriftlichen Niederschrift	328
B. Haftungsgrundlagen .....	328
I. Innenhaftung des Versammlungsleiters .....	329
1. Innenhaftung gegenüber der Gesellschaft gemäß §§ 93 Abs. 2, 116 Satz 1 AktG .....	329
a) Trennung von Organsphären .....	329
b) Gebot der Satzungsstrenge .....	329
c) Inkonsistentes Haftungsregime .....	331
d) Unanwendbarkeit der aktienrechtlichen Organhaftungsvorschriften bei provisorischer Versammlungsleitung .....	331
2. Innenhaftung gegenüber der Gesellschaft gemäß §§ 93 Abs. 2, 116 Satz 1 AktG analog .....	332
a) Erforderlichkeit einer normativen Konkretisierung der Organhaftung ..	332
b) Fehlende Voraussetzungen für eine Analogiebildung .....	333
3. Innenhaftung gegenüber der Gesellschaft auf schuldrechtlicher Grundlage	335
a) Haftung auf Grundlage eines korporationsrechtlichen Schuldverhältnisses	335
b) Haftung auf Grundlage eines vertraglichen Schuldverhältnisses .....	336
aa) Auftragsverhältnis oder entgeltlicher Geschäftsbesorgungsvertrag	336
bb) Zustandekommen des Vertrags .....	336
(1) Beauftragung durch den Vorstand .....	336
(2) Konkludentes Vertragsangebot in der Satzung .....	337
(3) Konkludentes Vertragsangebot bei Wahl des Versammlungsleiters in der Hauptversammlung .....	337

(4) Vertragsschluss bei gerichtlicher Bestimmung des Versammlungsleiters	338
4. Innenhaftung gegenüber der Gesellschaft nach Maßgabe des Deliktsrechts	338
a) Haftung nach Maßgabe von § 823 Abs. 1 BGB	339
b) Haftung nach Maßgabe von § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. einem anknüpfbaren Schutzgesetz	339
c) Haftung nach Maßgabe von § 826 BGB	340
5. Zusammenfassende Betrachtung	340
II. Außenhaftung gegenüber Aktionären	342
1. Außenhaftung nach §§ 93 Abs. 2, 116 Satz 1 AktG analog	342
a) Aktienrechtlicher Grundsatz der Haftungskonzentration	342
b) Konsequenzen für die Haftung des Versammlungsleiters	343
2. Außenhaftung auf schuldrechtlicher Grundlage	343
3. Außenhaftung nach Maßgabe des Deliktsrechts	344
4. Ergebnis	346
III. Außenhaftung gegenüber gesellschaftsfremden Dritten	347
1. Außenhaftung nach Maßgabe von §§ 93 Abs. 2, 116 Satz 1 AktG und allgemeinen schuldrechtlichen Grundsätzen	348
2. Außenhaftung nach Maßgabe des Deliktsrechts	349
3. Ergebnis	349
C. Begrenzung des Haftungsrisikos des Versammlungsleiters	350
I. Allgemeiner Sorgfaltsmaßstab für die Versammlungsleitung	350
II. Rechtsdogmatische Ansätze zur Begrenzung des persönlichen Haftungsrisikos	351
1. Analoge Anwendung der gesetzlichen Haftungsprivilegien für unentgeltliche Verträge	351
a) Unentgeltlichkeit der Versammlungsleitung	352
aa) Einbeziehung der Tätigkeit des Versammlungsleiters in die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder	352
bb) Die Versammlungsleitung als Gegenstand einer Sondervergütungsvereinbarung	353
cc) Entgeltlichkeit bei Übernahme der Versammlungsleitung durch eine externe Person	354
b) Ablehnung einer Gesamtanalogie	354
aa) Unanwendbarkeit der gesetzlichen Haftungsprivilegien bei entgeltlicher Versammlungsleitung	355
bb) Kein Durchschlagen der gesetzlichen Haftungsprivilegien auf die korporative Ebene	355
2. Analoge Anwendung von §§ 31a, 31b BGB	356
3. Analoge Anwendung von § 708 BGB	357
4. Haftungsbeschränkung aufgrund der besonderen Umstände der Hauptversammlung	357

5. Haftungsbeschränkung wegen Fremdnützigkeit .....	358
a) Entsprechende Anwendung der arbeitsrechtlichen Grundsätze über den innerbetrieblichen Schadensausgleich .....	358
b) Gesellschaftsrechtliche Regressreduzierung .....	359
6. Haftungsbeschränkung wegen rechtlicher Unsicherheiten .....	360
a) Beschränkung auf Vorsatz .....	360
b) Business Judgment Rule gemäß § 93 Abs. 1 Satz 2 AktG .....	361
aa) Grundlagen, Voraussetzungen und Rechtsfolgen der normierten Business Judgment Rule gemäß § 93 Abs. 1 Satz 2 AktG .....	362
bb) Entsprechende Anwendung der Business Judgment Rule auf die Haftung des Versammlungsleiters .....	363
c) Anwendung einer Legal Judgment Rule .....	364
d) Haftungsbegrenzung aufgrund entschuldigenden Rechtsirrtums .....	365
aa) Grundsätze der „ISION“-Rechtsprechung des BGH und deren Auswirkungen auf den Versammlungsleiter .....	365
bb) Übertragbarkeit des für den Wohnungseigentumsverwalter geltenden Sorgfaltsmaßstabes auf das Innenverhältnis zwischen Versammlungsleiter und Gesellschaft .....	367
7. Ergebnis .....	369
III. Rechtspraktische Ansätze zur Begrenzung des Haftungsrisikos .....	369
1. Einsatz eines professionellen externen Versammlungsleiters .....	369
2. Abschluss einer Haftpflichtversicherung für den Versammlungsleiter .....	371
3. Haftungsbeschränkung aufgrund individueller Vereinbarung mit der Gesellschaft .....	373
a) Haftungsbeschränkung bei schuldvertraglicher oder deliktsrechtlicher Haftungsgrundlage .....	373
b) Haftungsbeschränkung in Bezug auf das korporationsrechtliche Rechtsverhältnis .....	373
aa) Kein Ausschluss einer individuellen Haftungsbeschränkung aufgrund der Organstellung des Versammlungsleiters .....	373
bb) Unabdingbarkeit der Vorstands- und Aufsichtsratshaftung .....	374
cc) Kein Ausschluss einer individuellen Haftungsbeschränkung aus Gründen des Aktionärsschutzes .....	376
c) Zustandekommen der individuellen Haftungsbegrenzung .....	378
4. Haftungsbeschränkung in der Satzung oder Geschäftsordnung .....	379
D. Durchsetzung von Haftungsansprüchen der Gesellschaft gegenüber dem Versammlungsleiter .....	380
I. Pflicht des Vorstands zur Anspruchsverfolgung .....	380
II. Absicherung der Anspruchsdurchsetzung aufgrund analoger Anwendung der §§ 147, 148 AktG .....	382

E. Der Versammlungsleiter im Anfechtungs- und Haftungsprozess ..... 384

    I. Der Versammlungsleiter als gerichtlicher Vertreter der Gesellschaft im Anfechtungsprozess ..... 384

        1. Grundsatz der gerichtlichen Inzidenzkontrolle ..... 384

        2. Prozessführungsbefugnis des Versammlungsleiters ..... 387

        3. Streitverkündung nach § 72 ZPO durch die Gesellschaft ..... 389

        4. Recht des Versammlungsleiters zur Nebenintervention nach § 66 Abs. 1 ZPO ..... 389

    II. Der Versammlungsleiter als Beklagter im Haftungsprozess ..... 391

    III. Zusammenfassende Betrachtung ..... 392

*4. Kapitel*

**Auswirkungen der digitalen Transformation von Hauptversammlungen auf die Versammlungsleitung** ..... 393

A. Vereinbarkeit des virtuellen Hauptversammlungsformats mit höherrangigem Recht ..... 394

B. Die Leitung der Corona-HV ..... 396

    I. Einordnung der praktischen Erfahrungswerte ..... 396

    II. Substanzuelle Einschränkungen des Rede- und Fragerechts ..... 398

    III. Besonderheiten bei Antragstellungen ..... 400

        1. Antragsrechte der Aktionäre ..... 400

        2. Antragsrechte des Versammlungsleiters und der Verwaltung ..... 401

        3. Antragstellungen über den Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ..... 401

        4. Marginalisierung des Aufgabenbereichs des Versammlungsleiters ..... 402

    IV. Zwischenfazit ..... 403

C. Die Versammlungsleitung in der virtuellen Hauptversammlung de lege ferenda ..... 404

    I. Generelles Petitem für die Einführung eines aktienrechtlich verankerten virtuellen Hauptversammlungsformats ..... 405

    II. Auswirkungen des RefE für die virtuelle HV auf die Versammlungsleitung ..... 407

        1. Entlastung der Versammlungsleitung ..... 407

            a) Einreichung von Stellungnahmen im Vorfeld der Hauptversammlung ..... 407

            b) Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen zur Einschränkung des Rede- und Fragerechts auf den Vorstand ..... 408

            c) Entkopplung des Rederechts vom Frage- und Antragsrecht ..... 409

            d) Partielle Abkehr vom Mündlichkeitsgrundsatz ..... 409

            e) Weitreichende Anfechtungsbeschränkung in Bezug auf technische Störungen ..... 410

2. Risikofaktoren	411
a) Rechtliche Unsicherheiten im Umgang mit dem Rede- und Fragerecht in der Versammlung	411
aa) Fehlen eines klar definierten Kompetenzrahmens für den Versammlungsleiter	411
bb) Unklare Entscheidungsbefugnis hinsichtlich des Sachzusammenhangs einer Nachfrage	412
cc) Gefahr eines ausufernden Nachfragevolumens	413
b) Unklarheiten hinsichtlich der Stellung des Stimmrechtsvertreters der Versammlung	414
c) Fehlen einer gesetzlichen Kompetenz zur Beschränkung des Umfangs der Fragenbeantwortung	415
d) Unklare Konnotation des Begriffs der elektronischen Zuschaltung	415
III. Leitlinien zur Gewährleistung einer rechtssicheren und praktisch handhabbaren Versammlungsleitung im Rahmen der virtuellen Hauptversammlung de lege ferenda	417
1. Unmittelbare gesetzliche Verankerung der Kompetenzen des Versammlungsleiters	417
2. Nachjustierung des Nachfragerechts	418
3. Vorabveröffentlichung von Antworten	419
4. Übertragung der Kompetenz zur Auswahl der Redebeiträge auf den Versammlungsleiter	420
5. Pflicht des Vorstands zur Einbindung des Versammlungsleiters im Vorfeld der Hauptversammlung	421
6. Gesetzliche Konkretisierung des Begriffs der elektronischen Zuschaltung	422
7. Klare Abgrenzung zwischen Gegenanträgen und sonstigen Anträgen	423
8. Geeignete technische Rahmenbedingungen für die Strukturierung der Hauptversammlung und die Umsetzung von Ordnungsmaßnahmen	425
D. Ergebnis und Ausblick	426

### *5. Kapitel*

<b>Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse</b>	429
<b>Literaturverzeichnis</b>	444
<b>Stichwortverzeichnis</b>	467

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht/anderer Ansicht
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift); Amtsgericht
AG-Report	Sonderteil der Zeitschrift Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Aktionärsrechte-RL	Richtlinie 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
ARUG I	Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie
ARUG II	Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie
Aufl.	Auflage
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BegrReGE	Begründung zum Regierungsentwurf
Beschl.	Beschluss
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BNotO	Bundesnotarordnung
BOARD	Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVI	Bundesverband Investment und Asset Management e. V.
bzw.	beziehungsweise
COVID-19-Gesetz	Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht

D&O	Directors and Officers (Directors' and Officers' Liability Insurance)
DAI	Deutsches Aktieninstitut e. V.
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Der Betrieb
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 16. Dezember 2019
ders.	derselbe/demselben/denselben
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe/dieselben
Diss.	Dissertation
DNotI	Deutsches Notarinstitut
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift
Dr.	Doktor
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DSW	Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.
DVFA	Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management e. V.
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
entspr.	entsprechende/r
EU	Europäische Union
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	folgende (Mehrzahl)
Fn.	Fußnote
Frhr.	Freiherr
FS	Festschrift
GesR	Gesellschaftsrecht
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
Habil.	Habilitationsschrift
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
Hinweisbeschl.	Hinweisbeschluss
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HV	Hauptversammlung
IfSG	Infektionsschutzgesetz
i. H. v.	in Höhe von
i. S. d.	im Sinne der/im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JW	Juristische Wochenschrift

JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
Komm.	Kommentar
LG	Landgericht
lit.	litera
LZ	Leipziger Zeitschrift für Handels-, Konkurs- und Versicherungsrecht
MDAX	Mid-Cap-DAX (Deutscher Aktienindex)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NaStraG	Gesetz zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OLG	Oberlandesgericht
Prof.	Professor/in
RefE	Referentenentwurf
RefE für die virtuelle HV	Referentenentwurf für die virtuelle Hauptversammlung vom 9. Februar 2022
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Richtlinie 2007/36/EG	Richtlinie 2007/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notarzeitschrift
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
SDAX	Small-Cap-DAX (Deutscher Aktienindex)
sog.	sogenannte/sogeannter/sogeannten
TecDax	Technology DAX (Deutscher Aktienindex)
teilw.	teilweise
TransPuG	Gesetz zur weiteren Reform des Aktien- und Bilanzrechts, zu Transparenz und Publizität
u.	und
u. a.	unter anderem
UMAG	Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts
Unterabs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
v.	vom
Var.	Variante
VersG	Versammlungsgesetz
vgl.	vergleiche

VGR	Wissenschaftliche Vereinigung für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht e. V.
Vorb.	Vorbemerkung
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschrift)
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
z. B.	zum Beispiel
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert als
zugl.	zugleich
zust.	zustimmend

# Einführung

## I. Themenaufriß

Die Leitung der Hauptversammlung einer deutschen Aktiengesellschaft ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Dies gilt in besonderem Maße für die Hauptversammlungen von Publikumsaktiengesellschaften, bei denen die Teilnehmeranzahl schnell auf mehrere Tausend emporschnellen kann.<sup>1</sup> Dies macht es nicht nur regelmäßig notwendig die Versammlung auf unterschiedliche Räume aufzuteilen.<sup>2</sup> Durch die Partizipation querulierender Aktionäre kann sich auch die Generaldebatte als wesentlicher Bestandteil der Hauptversammlung substanziell in die Länge ziehen. Bei Publikumsaktiengesellschaften kann dies in Einzelfällen zu einer Erstreckung der Hauptversammlung auf zwei Tage mit jeweils bis zu 14 Stunden Dauer führen.<sup>3</sup> Wesenstypisch für die Hauptversammlungspraxis in Deutschland sind zudem ein hoher Formalisierungsgrad sowie lange und engagiert geführte Debatten, im Rahmen derer es auch nicht selten zu persönlichen und lautstarken Anfeindungen gegen die Verwaltungen der Gesellschaften kommt. Insbesondere bei ausländischen Investoren stößt die bisweilen „raue“ Gangart und die zeitliche Ausdehnung deutscher Hauptversammlungen nicht selten auf Unverständnis, was angesichts einer zunehmenden Internationalisierung deutscher Aktionärsstrukturen zusätzliches Konfliktpotential in die Versammlungen hineinragen kann.<sup>4</sup>

Grundsätzlich bedarf jede Hauptversammlung einer ordnenden Instanz. Es ist dies die Aufgabe der Versammlungsleitung, die durch den Versammlungsleiter wahrgenommen wird. Besondere Bedeutung erlangt dabei die Fähigkeit des Versammlungsleiters, die Hauptversammlung sachlich und besonnen zu moderieren, gleichzeitig aber auch notwendige Ordnungsmaßnahmen und spontane Leitungsentscheidungen mit Augenmaß zu treffen. Der Versammlungsleiter bewegt sich in Ausübung seiner Funktion in einem stetigen Spannungsverhältnis

---

<sup>1</sup> Noack, DB 2020, 658; zum 1. 1. 2021 belief sich die Anzahl der in Deutschland vorhandenen Aktiengesellschaften auf rund 14.000, siehe Kornblum, GmbHR 2021, 681 (682); laut der Fünften Jährlichen Information der Bundesregierung über die Entwicklung des Frauen- und Männeranteils an Führungsebenen und in Gremien der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes, S. 116 verfügten 458 Unternehmen zum Stichtag des 7. 10. 2020 über eine Börsennotierung.

<sup>2</sup> Noack, DB 2020, 658 (660).

<sup>3</sup> Reull/Zetsche, AG 2007, 561 (566), die darauf hinweisen, dass gerade bei kritischen Hauptversammlungen regelmäßig mit mehreren Hundert Aktionärsfragen und Dutzenden von Widersprüchen sowie Niederschriften mit dreistelliger Seitenanzahl zu rechnen ist.

<sup>4</sup> Redeke, AG 2022, 98 (105); Butzke, HV AG, A. Rn. 11.

zwischen der ihm originär obliegenden Pflicht zur Gewährleistung eines reibungslosen und effizienten Ablaufs der Versammlung einerseits sowie der Einhaltung der seinen Kompetenzbereich begrenzenden rechtlichen Vorgaben andererseits. Fehler im Zusammenhang mit der Versammlungsleitung können die Anfechtbarkeit oder Nichtigkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen nach sich ziehen. Dies wiederum kann die Umsetzung bedeutender unternehmerischer Entscheidungen lähmen oder gar vollends zunichtemachen und dadurch erhebliche wirtschaftlichen Schäden für die Gesellschaft, Aktionäre und auch Gläubiger zur Folge haben. Für den Versammlungsleiter besteht das Risiko, dass er für die wirtschaftlichen Folgewirkungen von Rechtsverstößen, die im Zusammenhang mit der Leitung der Versammlung stehen, persönlich haftbar gemacht wird. Zudem resultieren neue Herausforderungen für den Versammlungsleiter aus der fortschreitenden Digitalisierung von Hauptversammlungen. Der digitale Wandel der Hauptversammlung hat durch die temporär geltende Notfallgesetzgebung im Zuge der COVID-19-Pandemie („*Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht*“<sup>5</sup> vom 27. März 2020) (im Folgenden: „*COVID-19-Gesetz*“) eine neue Dynamik erfahren und in der Vorlage eines Referentenentwurfs zur Einführung einer aktienrechtlich verankerten und verstetigten virtuellen Hauptversammlungsform (im Folgenden: „*RefE für die virtuelle HV*“)<sup>6</sup> seinen (vorläufigen) Höhepunkt erreicht.

Um die Aufgabe der Versammlungsleitung ordnungsgemäß zu erfüllen, bedarf der Versammlungsleiter eines klar definierten Kompetenzkataloges, der es ihm einerseits ermöglicht, seinen Pflichten unter Ausschluss oder zumindest größtmöglicher Minimierung eines eigenen Haftungsrisikos und bei gleichzeitiger Wahrung der Aktionärsrechte nachzukommen, der aber andererseits auch dem Postulat der Gesellschaft nach einer effizienten und rechtssicheren Abwicklung der Hauptversammlung Rechnung trägt. Den Handlungen des Versammlungsleiters kommt vor diesem Hintergrund in Bezug auf die Aktionäre eine Wirkung in mehrfacher Hinsicht zu. Zum einen können Leitungs- und Ordnungsmaßnahmen in das Teilnahmerecht der Aktionäre eingreifen. Zum anderen dienen diese Maßnahmen aber auch der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung der Hauptversammlung und ermöglichen dadurch erst die effektive Ausübung des den Aktionären zustehenden Teilnahme-rechts.

Die vorliegende Untersuchung verfolgt vor diesem Hintergrund ein zweifaches Ziel. Zum einen soll sie die mit der Leitung von Hauptversammlungen von Publikumsaktiengesellschaften verbundenen wesentlichen rechtlichen Problem-bereiche darstellen und kritisch würdigen sowie Lösungskonzepte auf mehreren Ebenen aufzeigen. Zum anderen soll mit Blick auf jüngst erfolgte und geplante Gesetzesänderungen, insbesondere das COVID-19-Gesetz und den vorgelegten

---

<sup>5</sup> BGBl. 2020 Teil I Nr. 14, 569.

<sup>6</sup> RefE des BMJ – Entwurf eines Gesetzes zur Einführung virtueller Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften v. 9.2.2022.

RefE für die virtuelle HV, durch die Behandlung daraus resultierender neuer rechtlicher Fragestellungen einem Aktualisierungsbedarf des Themenkomplexes der Versammlungsleitung nachgegangen werden. Dabei wird ein besonderer Untersuchungsfokus auf die Frage gelegt, inwieweit mit der Durchführung virtueller Hauptversammlungen Chancen und Risiken speziell für die Versammlungsleitung verbunden sind.

Die Untersuchung fokussiert im Schwerpunkt auf die Hauptversammlung einer Publikumsaktiengesellschaft, da in deren Kontext die zu behandelnden Rechtsfragen, einschließlich der Untersuchung virtueller Versammlungsformen sowie deren Auswirkungen auf die Versammlungsleitung, von besonderer Bedeutung sind.

## II. Gang der Untersuchung

Die Untersuchung gliedert sich in fünf Kapitel.

Im ersten Kapitel wird der allgemeine Wirkbereich der Versammlungsleitung abgesteckt und zu diesem Zweck ein Überblick über die Funktion der Hauptversammlung und die an ihr mitwirkenden Teilnehmer gegeben. Dabei wird auch auf den wachsenden Einfluss digitaler Medien eingegangen, wobei insbesondere die durch die COVID-Notfallgesetzgebung eingeführten und die durch den RefE für die virtuelle HV in Aussicht genommenen gesetzlichen Änderungen überblicksartig dargestellt werden.

Das zweite Kapitel widmet sich der Versammlungsleitung als solcher. Ausgehend von einer Darstellung der gesetzlichen Grundlagen, werden sodann die Person und die Rechtsstellung des Versammlungsleiters im Detail beleuchtet. Dazu werden die Rechte und Pflichten des Versammlungsleiters im Einzelnen untersucht und jeweils auch in Beziehung zu den durch die COVID-Notfallgesetzgebung und den RefE für die virtuelle HV bewirkten bzw. geplanten veränderten rechtlichen und faktischen Rahmenbedingungen einer virtuellen Hauptversammlung gesetzt.

Das dritte Kapitel untersucht vor dem Hintergrund der im Zusammenhang mit der Versammlungsleitung stehenden möglichen Pflichtverletzungen die daraus resultierenden Haftungsrisiken für den Versammlungsleiter. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, ob und inwieweit aufgrund der mit dem Regelungsregimes der COVID-Notfallgesetzgebung und des RefE für die virtuelle HV verbundenen Digitalisierung und Technisierung von Hauptversammlungen neue Haftungsrisiken entstehen können oder bestehende Haftungsrisiken reduziert werden.

Das vierte Kapitel beleuchtet die möglichen Auswirkungen der digitalen Transformation von Hauptversammlungen und im Speziellen des COVID-19-Gesetzes und des RefE für die virtuelle HV auf die Versammlungsleitung. Dazu wird untersucht, welche neuen rechtlichen Fragestellungen und praktischen Herausforderungen sich für den Versammlungsleiter infolge des Einsatzes neuer Technologien und einer daraus resultierenden Digitalisierung von Hauptversammlungen ergeben.